



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/41

4. April 1949

Eine demokratische Insel im Sowjetmeer

W.B. Überall in Deutschland weiß man, daß die Sozialdemokratie in der russischen Zone verboten ist und daß ihre Anhänger brutal verfolgt werden. Weniger bekannt ist, daß es ein Stück sowjetisch beherrschten Territoriums gibt, auf dem sich die SPD bis jetzt behaupten konnte. Es handelt sich um den Ostsektor Berlins, der fast völlig mit der Ostzone gleichgeschaltet worden ist. Das Vorhandensein einer legalen und echten sozialdemokratischen Organisation zeigt, daß die Sowjets in Berlin noch nicht alle Brücken abgebrochen haben.

Das ist aber nur die eine Seite der Sache. Die andere besteht darin, daß die Sozialdemokraten im Ostsektor eine bewundernswerte Überzeugungstreue an den Tag gelegt und allen Versuchen der Zersetzung und Drangsalierung widerstanden haben. Vor drei Jahren behauptete sich die SPD Westberlins gegen die Zwangsvereinigung. Die Partei in den Ostbezirken der Stadt durfte zwar an der historischen Urabstimmung nicht teilnehmen, durch Beschluß der Alliierten Kommandantur wurde aber die SPD in ganz Berlin aufrechterhalten. Das war der Preis, den die Kommunisten für die Zulassung der SED in den Westsektoren zahlen mußten.

Heute gibt es keine Viermächte-Kommandantur mehr, und der Ostsektor wird von einem Stadtsowjet regiert, der sich Magistrat nennt. Aber es gibt heute noch immer 13.000 organisierte Sozialdemokraten in diesem Teil von Groß-Berlin. Die Mitgliederbewegung ist leicht rückläufig, was sich aus dem vorhandenen Druck erklärt, der - von Verhaftungen ganz abgesehen - bis zur Brotlosmachung und Exmittierung gesteigert wird.

Dennoch konnte bisher ein zwar beeengtes, aber aktives Parteilernen aufrecht erhalten werden. Es gibt im Ostsektor acht Kreisorganisationen. Während der letzten Wochen haben in allen acht Kreisen Delegiertentage stattgefunden, auf denen die Vorstände ordnungsgemäß gewählt wurden. Was es heißt, im russischen Machtbereich eine unabhängige sozialdemokratische Organisation aufrecht zu erhalten, mag an ein paar Beispielen illustriert werden. Im Laufe der letzten Monate sind im Ostsektor 2.027 politische Maßnahmen in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben erfolgt. 75 Prozent der Betroffenen sind Sozialdemokraten, und zu ihnen kommen noch Hunderte, die aus den Konsumvereinen und nichtstädtischen Betrieben entlassen wurden. Eine Reihe führender Sozial-

demokraten hat den Ostsektor verlassen müssen. Eine Reihe von Verhaftungen ist in der letzten Zeit deswegen erfolgt, weil die Verhafteten um den Vertrieb sozialdemokratischer Zeitungen bemüht waren. Besonderem Druck sind die "Falken" ausgesetzt, die von russischer Seite als "Terrororganisation" bezeichnet werden.

Für sozialdemokratische Versammlungen stehen Schulräume und andere öffentliche Lokale nicht mehr zur Verfügung. Weil in zahlreichen Fällen die vorgesehenen Redner nicht zugelassen wurden - die führenden Mitglieder der Berliner Sozialdemokratie haben seit langen generelles Redeverbot - sind wiederholt Versammlungen für den Ostsektor innerhalb der westlichen Sektoren durchgeführt worden. Zum Druck gehören auch zahlreiche Verhöre und mehr oder weniger glimpfliche "Einflußnahmen". Die russischen Maßnahmen differieren von Kreis zu Kreis und von Zeit zu Zeit. Neuerdings sind sämtliche politische Offiziere abgelöst worden, und es bleibt abzuwarten, ob sich an diesen Personenwechsel eine neue Praxis anschließt.

Die Sozialdemokraten haben keinerlei Anteil am kommunalpolitischen Leben des Ostsektors, weil sie keine Loyalitätserklärungen für den Stadtsowjet unterschreiben konnten. Sie haben sich auch aus den kommunalen Ehrenämtern zurückgezogen, nachdem die Kommunisten die gewählten Selbstverwaltungskörper aufgelöst und Blockausschüsse an ihre Stelle gesetzt hatten. So gut wie alle Betriebsräte der SPD sind gemäßregelt worden.

Bezeichnend ist, daß auf keinem der acht Kreisdelegiertentage des Ostsektors Opposition gegen die Politik des Berliner Landesverbandes zum Ausdruck kam. Damit ist auch die Erklärung gegeben, warum es den Kommunisten bisher nicht gelungen ist, eine "oppositionelle" Ost-SPD auf die Beine zu stellen. Versuche sind am laufenden Band unternommen worden, aber immer handelte es sich bei den in der KP-Presse vielfach zitierten "Oppositionellen" um nicht mehr als einige Dutzend Leute, die sich alle dadurch auszeichnen, daß sie sich beim Stadtsowjet in Amt und zweifelhaften Würden befinden.

Einige der zuständigen Russen haben ihren Unwillen darüber erkennen lassen, daß man sie mit falschen Berichten über die Lage innerhalb der Berliner Sozialdemokratie zum Narren gehalten hat. Sie müßten mittlerweile erkannt haben, daß sie die SPD in ihrem Berliner Sektor zwar behindern oder auch verbieten, nicht aber "erobern" können.

Unerfreuliche Klänge an der Seine

Von Alfred Frisch, Paris

Es besteht kein Zweifel, daß sich das französisch-deutsche Klima in den letzten Jahren ganz wesentlich gebessert hat. Die französische Öffentlichkeit hat sich langsam aber sicher von den engen Sicherheitsvorstellungen am Rhein befreit und - nicht zuletzt angesichts der russischen Bedrohung - angefangen, auch Deutschland gegenüber europäisch zu denken. Dieser gute Wille und die Bereitschaft werden in Deutschland allzu leicht unterschätzt.

Umso befremdender erscheinen Rückfälle in eine rein negative Kritik, die überhaupt kaum in den heutigen weltpolitischen Rahmen passen. Diese Mißklänge wirken noch unerfreulicher, wenn sie von Zeitungen ausgehen, bei denen man bereits eine andere Sprache gewöhnt war, und wenn die Tatsachen mehr oder weniger der nationalistischen Wirkung wegen bewußt ungedeutet oder in ihrem Sinn entstellt werden.

Man kann es Frankreich kaum übelnehmen, über die Äußerung Dr. Adenauers, 1945 habe nicht das deutsche Volk kapituliert, sondern nur die Wehrmacht, entsetzt zu sein und darin, sicherlich entgegen den Absichten Dr. Adenauers, den Anfang einer neuen, umgewandelten Dolchstoßlegende zu sehen. Paris hat viel zu wenig Zeit und Geduld, um sich über die tieferen Beweggründe der deutschen Sprecher Gedanken zu machen. Alle sachlich noch so berechtigten Richtigstellungen bleiben daher wirkungslos. Das sollten gerade die deutschen Politiker wissen.

Dieses Entsetzen dürfte aber kaum die sonst sehr gemäßigte und positive Zeitung der Volksrepublikaner "L'Echo" berechtigen, in heftigster Form gegen Dr. Schumacher ins Feld zu ziehen und als Beweisstück seine Erklärung anzuführen: "Wenn die Deutschen den Anregungen der Militärgouverneure entsprochen, hätte Deutschland aufgehört zu bestehen", ohne hinzuzufügen, daß sich dieser Satz lediglich auf die Verfassungsfragen bezog. Die christlich-demokratische Zeitung greift über Dr. Schumacher das Foreign Office an, dem sie seine Erregung über die Haltung des christlich-demokratischen Adenauers anscheinend sehr übel nimmt und der sie zu verstehen geben will, es solle "ihren" Deutschen in Ruhe lassen, wenn es nicht wolle, daß man "seinen" Deutschen schlage. Diese internationale Parteilichkeit ist zwar rührend und beweist, welche praktischen Fortschritte die europäische Idee bereits gemacht hat, man sollte ihr aber trotzdem nicht die Objektivität zum Opfer bringen.

Die gaullistische Zeitung "Ce matin" hat keine Veranlassung, Adenauer besser zu behandeln als Schumacher. Sie brandmarkt deren Erklärungen als Ausdruck einer gegen Westen gerichteten Revuepolitik und schreckt nicht davor zurück, eine Parallele zu ziehen mit der "Bereitschaft" der Ostpolizei, im Ernstfalle auf Seiten der Roten Armee zu kämpfen. Das Boulevardblatt "Aurore" macht sich

das Leben leichter und sieht den roten Faden, der Friedrich II. über Bismarck und Hitler mit Schumacher und Adenauer verbindet, wobei es Dr. Schumacher gegen "die Wiederauferstehung der Angriffspolitik Micheliens" protestieren läßt, ohne sich weiter um die Richtigkeit dieses Zitates zu kümmern. "Aurore" sieht Westdeutschland bereits in den Armen der Sowjets, macht allerdings hierfür die westlichen Staatsmänner weitgehend verantwortlich.

Die kommunistische "Humanité" wirft, was nicht überrascht, den westdeutschen Staatsmännern einen abwechselnd unterwürfigen oder kriegshetzerischen Antisowjetismus vor. Es mag in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß wenige Tage früher die kommunistische Bergarbeitergewerkschaft ihre Mitglieder aufgefordert hatte, gegen die "skandalösen Eisenerzverschiffungen aus Lothringen nach der Ruhr" anzukämpfen, weil dadurch die Sicherheit Frankreichs und der Friede auf das Schwerste gefährdet würde....

Man sollte diesen unerfreulichen Stimmen an der Seine keine allzu große Bedeutung beimessen. Teilweise handelt es sich um vorübergehende Verärgerungen, die subjektiv mitunter nicht der Berechtigung entbehren; teilweise um Meinungen von Menschen, die sich entweder einer bestimmten politischen Doktrin verschrieben haben und ihr alles andere unterordnen oder die nicht in der Lage sind, die politischen Begriffe einer historisch überholten Vergangenheit restlos aus ihren Gedankengängen und Urteilen auszuschalten.

Die maßgebenden französischen Politiker fördern bewusst die allgemeine Entwicklung, die auf Europa und auf eine fruchtbare französisch-deutsche Zusammenarbeit hinarbeitet. In diesem Geiste hat auch die außenpolitisch wichtige Zeitung "Le Monde" in einem Leitartikel die Zweckmäßigkeit der letzten Grenzberichtigungen im Westen ernstlich in Frage gestellt. Allerdings wird von den gleichen Kreisen ein weitgehendes Verständnis der deutschen Politiker für die französische Empfindlichkeit und das noch nicht überwundene Kräfteverhältnis der Nachkriegsjahre erwartet. Man verhehlt nicht die Tatsache, daß diese Erwartung bisher nicht immer erfüllt wurde.

750 Millionen Menschen

sp. Ein Schutzdach für 250 Millionen Menschen wurde der Atlantikpakt genannt. Eine imponierende Zahl, und es gibt nicht Wenige, die sich mit ihren Komplexen hinter diese Zahl flüchten. Es hieße die Augen vor den Tatsachen verschließen, wollte man das Gegengewicht übersehen.

Eine Macht, die in vier Jahren die Zahl der ihr unterworfenen Menschen fast verdreifachen kann, darf den Anspruch erheben, einen in der Geschichte seltenen Triumph davongetragen zu haben. Heute,

nach nicht vier Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, umfaßt der Machtbereich des Kreml bereits rund 550 Millionen Menschen. Selbst unter der unbeweisbaren Voraussetzung, daß er im Westen an die Grenze des ihm Erreichbaren gestoßen ist, dürften am Ende dieses Jahres oder nicht sehr viel später 750 Millionen Menschen unter vielfältigen, im letzteren aber eindeutigen Formen seinem Willen, zumindest seinem gebieterischen Einfluß unterstehen.

Das klingt unwahrscheinlich, ist aber eine Tatsache, die nicht dadurch an Bedeutung verliert, daß man sie zu ignorieren oder zu leugnen versucht. Am Ende des Krieges zählte die Sowjetunion trotz der schweren Verluste etwa 190 Millionen Menschen. Ihr westliches Vorfeld, in dem der Kreml Zug um Zug seinen Werkzeugen zur Macht verhalf, umfaßt ziemlich genau 100 Millionen, das fernöstliche Vorfeld mit den von den chinesischen Kommunisten besetzten oder unmittelbar bedrohten Teilen Chinas einschließlich der roten Mandschurei und des kommunistischen Nordkorea über 250 Millionen Menschen. Es wäre müßig, über diese Zahl zu streiten, da sie, wenn sie heute noch zu hoch sein sollte, morgen schon zu niedrig sein kann.

Gewichtige Momente, die dem düsteren Bild noch düstere Züge geben, sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt. Einmal die Avantgarden des Kreml, die in Frankreich, Italien und Griechenland bereits eine wesentliche politische Macht sind und im Fernen Osten die kommunistischen Kräfte, die in fast ganz Südostasien schon zum offenen Aufruhr übergegangen sind. Zum anderen die Tatsache, daß die erwähnten 550 Millionen einer geographisch geschlossenen Bereich von der Elbe bis nach Wladiwostok, vom Nördlichen Eismeer bis zum Jangtse besiedeln. Zu diesem Vorteil kommt der noch wesentlichere der ideologischen Geschlossenheit. Was das bedeutet, wird schnell und bedrückend sichtbar, wenn man an die Auseinandersetzungen im anderen Lager denkt, etwa an die mühsam sich fort-schleppenden Anstrengungen um die Europäische Union. Gewiß, die deutsche Ostzone ist nicht kommunistisch. Jugoslawien ist kommunistisch, aber widerspenstig, und Mao Tse-tung, den man immer noch für einen in Moskau geschulten Agenten hält, obwohl er China in seinem ganzen Leben noch nicht verlassen hat, ist kein Dimitroff oder Gottwald. Aber es wäre ein gewagtes Spiel, darauf allzu große Hoffnungen aufzubauen. Der Kreml pflegt auf weite Sicht zu planen.

Mit hämischer Freude wird Stalin erlebt haben, daß der Westen von Mao erst Notiz nahm, als er bereits vor den Toren Nankings stand. Die 200 Millionen des südlichen China wird Mao bald auf dem Wege höchst ungleicher Verhandlungen mit der ohnmächtigen Nationalregierung unter seinem Willen zwingen. An dem Tage, an dem dies der Fall sein wird, werden 750 Millionen Menschen unter dem Zeichen des Kreml stehen.

Ein kommunistisches oder kommunistisch dirigiertes China aber wird ein Faktor von unabsehbarer Bedeutung für die übrigen 650

Millionen Asiaten sein. Man denke an Indien, das in den Träumen Lenins bereits eine große Rolle spielte. Das Elend dieser Millionenmassen ist ein idealer Boden für die kommunistische Saat. Bedarf es noch eines Vorwortes, wie erschreckend wichtig die asiatische Entwicklung für die Welt, auch für die westliche, geworden ist?

Dr.H.

Über Nadolny und Hermes zu Ulbricht

sp. Die kommunistische "Niedersächsische Volksstimme" enthält nicht weniger als vier längere Beiträge, die darauf abzielen, den "Nauheimern" und "Godesbergern" den Rücken zu stärken.

Sehr ausführlich wird eine kürzlich gehaltene Rede Walter Ulbrichts vor dem Wirtschaftsausschuß des Deutschen Volksrates zitiert. Ulbricht verspricht den Geschäftsleuten in den Westzonen, daß sie "zu normalen Weltmarktpreisen Handel treiben könnten", "sie könnten mit ihren Qualitätswaren am freien Wettbewerb auf dem Weltmarkt teilnehmen" etc., alles das würde ihnen blühen, wenn sie sich mit dem Osten verständigen.

Diese von Ulbricht entwickelte Linie spinnt im Leitartikel der 1. Vorsitzende der KP Niedersachsens, Jungmann, im Zusammenhang mit der ansteigenden Arbeitslosigkeit weiter. Sein Rezept: "Der einzige Ausweg, das ist der Kampf gegen die JETIA-Blockade". Schließlich wird die Katze aus dem Sack gelassen und unter der pompösen Überschrift: "Für ein vereintes Wirtschaftsgebiet der Zonen" aufgefordert, "das Gespräch zwischen Ost und West weiterzuführen". Da werden die Verhandlungen, die Nadolny und Hermes geführt haben, mit dem Vorschlag des Deutschen Volksrates, in Braunschweig gemeinsame Beratungen durchzuführen, in einen Zusammenhang gebracht und betont, daß dieser Vorschlag Zustimmung vor allem auch in jenen Kreisen gefunden habe, die aus wirtschaftlichen Gründen (!) an einer Wiederherstellung der deutschen Einheit interessiert sind.

Ulbricht und die "Niedersächsische Volksstimme" als Sekundanten Nadolnys und Hermes' - dieser I-Punkt hatte noch gefehlt.

(b/B. 115/2/hs)

Unterkomitee der Sozinform tagt in London. (sp.) Am 14. April tagt in London das Unterkomitee der Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Parteien. Von deutscher Seite wird daran voraussichtlich Erich Ollenhauer teilnehmen. Die Hauptprogrammpunkte dieser Sitzung sind: 1. Vorbereitung der Internationalen Sozialistenkonferenz, die vom 14. bis 16. Mai in Amsterdam stattfindet; 2. Entschließung der französischen Sozialistenpartei zur Deutschlandfrage und 3. Behandlung des Antrages der Saarländer Sozialistenpartei um Aufnahme als Mitglied in die Internationale Arbeitsgemeinschaft. Dieser Antrag liegt schon längere Zeit vor, eine Entscheidung wurde aber bisher nicht gefällt, weil von deutscher Seite dagegen Einspruch erhoben worden war. Die französische Sozialistenpartei hat dazu noch keine klare Stellung bezogen, sie ist zwar für die wirtschaftliche, aber gegen die politische Angliederung des Saarreviers an Frankreich.

(m/2/64/2/hs)

Deutsche Kinder nach England

sp. Seit einigen Monaten vermittelt die "Britische Hilfe für Deutsche Arbeiter" (British Aid for German Workers) in Zusammenarbeit mit der Arbeiterwohlfahrt Freiplätze in England für erholungsbedürftige deutsche Arbeiterkinder. Jeden Monat kommen 40 Kinder nach England, wo sie drei Monate bleiben. Bisher sind 20 Kinder aus Köln, je 40 aus Hamburg und Dortmund und 80 aus Schleswig-Holstein in den Genuss dieser Aktion gekommen. In einem Brief an Fritz Heine, Mitglied des Parteivorstandes der SPD, schreibt Jenny Fliess, ehrenamtliche Sekretarin der "British aid for German workers" u.a.:

"Ich könnte stundenlang schreiben über die Opferbereitschaft der englischen Arbeiter, den deutschen Kindern die drei Monate so schön wie möglich zu gestalten, über die Arbeitsbereitschaft der lokalen Kinder-Komitees und vieles andere. Neulich war ich in einem Bergarbeiterdorf in Yorkshire, die Leute haben 20 Kinder aus Schleswig-Holstein bekommen und seit Monaten gespart und gearbeitet, damit ja die Kinder alles bekommen, was sie nötig haben für ihre Erholung."

(sp) Der Parteivorstand der SPD hat Adolf Schönfelder, dem Vorsitzenden der Kontrollkommission der SPD, zu seinem 74. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche übermittelt.

UNBRAUCHBARE SOWJETISCHE LIEFERUNGEN: (sp) Die Wirkung der Gegenblockade ist so stark, dass sich die Sowjets veranlasst sahen, zur Aufrechterhaltung des Betriebes wichtiger Sowjet-A.G. im Laufe des Januar etwa 1.040 t Bleche verschiedener Stärken nach Sachsen zu liefern. Das Material ist allerdings von so schlechter Beschaffenheit, dass die damit belieferten Firmen es teilweise nicht verarbeiten konnten und selbst sowjetische Verbindungsbeamte Einspruch erhoben haben.

Gelenkte Wahlen - und doch Misserfolge

(sp) In der Ostzone wurden in den letzten Wochen die Wahlen zu den Organen der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe durchgeführt. Vorbereitet wurden sie in engster Fühlungnahme mit der SED und unter oberster Befehlerteilung durch die Russen. Trotz dieser "Lenkung" ist das Ergebnis alles andere als ein Vertrauensbeweis für die kommunistische Führung der VDGB. In Sachsen, dem Lande mit der besten Organisation, gehören nur etwa 35% der gewählten Funktionäre der SED an. Rund 60% sind parteilös. Bezeichnend für die Auffassung der Russen vom Grossbauern ist die Tatsache, dass verschiedene Kreiskommandanturen gewählte Funktionäre von den Listen strichen, weil ihr Besitz grösser als 20 Hektar ist.

Verantwortlich: Peter Raunau